



Post aus Berlin September 2018

>>>HERZOGTUM LAUENBURG / STORMARN SÜD

Liebe Freunde,

die parlamentarische Sommerpause ist vorbei. Nach den teilweise tropischen Sommermonaten erwarten wir nun auch einen – zumindest politisch – heißen Herbst.

Im Fokus der ersten Sitzungswoche stand traditionell die 1. Lesung des Regierungsentwurfes des Bundeshaushaltes 2019. Der Entwurf basiert auf der Steuerschätzung von Mai.

Wer die Generaldebatte zum Haushalt 2019 vor Ort oder im Fernsehen verfolgt hat, konnte erleben, dass das eigentliche Kernthema zunächst zur Nebensache geriet. Zweifellos, die schlimmen Ereignisse von Chemnitz, ausgelöst durch das brutale Tötungsdelikt an einem 35-jährigen Deutschen bedürfen einer umfassenden Aufklärung. Die Kanzlerin und viele Vertreter der demokratischen Parteien fanden hier deutlich Worte. Lediglich die AfD nutzte die Debatte für Ihre Parolen nach altbekanntem Muster.

Dabei glich bereits deren Haltung in den Tagen von Chemnitz einem Offenbarungseid; Schulter an Schulter schritten führende Köpfe mit Rechtsradikalen, in der Hand wahnwitziger Weise eine weiße Rose, die bekanntermaßen als Symbolfigur für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus verstanden wird. Geschichtsvergessen oder einfach nur eine bewusste Fortsetzung ihres monothematischen Kurses: Flüchtlinge und Einwanderung. Aus

meiner Sicht verfolgt zumindest die AfD im Deutschen Bundestag eine durchschaubare Strategie. Sie nutzt jede Gelegenheit, dieses Thema zu bedienen und in der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, es gebe nur noch ein politisches Anliegen.

Um den in den Tagen von Chemnitz erstarkten Slogan „Wir sind mehr“ einmal aufzugreifen, sollten sich die Demokraten im Deutschen Bundestag einig sein und zu einer bewusst sachlichen Diskussion, die auch der Würde dieses Hauses gerecht wird, zurückkehren. Wir sollten ihnen nicht den Gefallen tun und auf ihre polemischen Äußerungen und verbalen Provokationen auf gleicher Ebene begegnen.

BUNDESHAUSHALT 2019

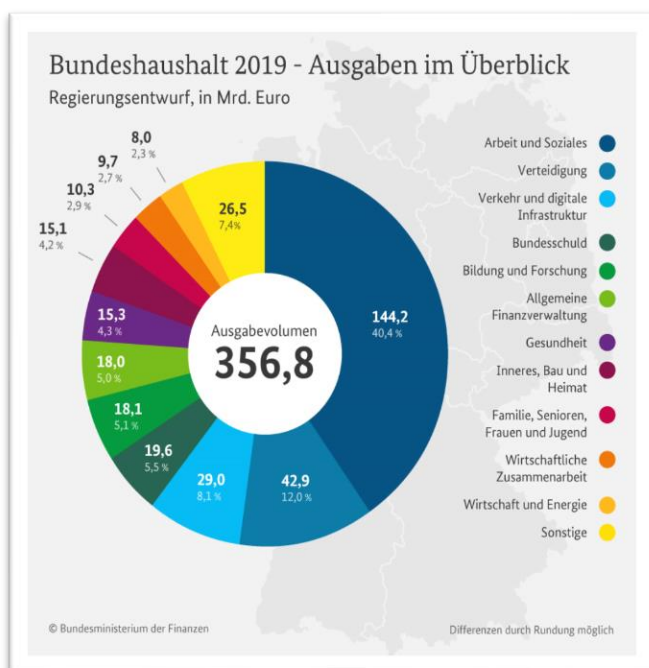
Der Bundeshaushalt 2019 ist der fünfte in Folge ohne neue Schulden. Erstmals seit 2002 unterschreitet die Bundesrepublik Deutschland die Schuldengrenze des Maastrichter Vertrages von 60 % des Bruttoinlandsproduktes. Dies ermöglicht die verstärkte Umsetzung der prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages. So sind für familienpolitische Maßnahmen 800 Mio. € (Elterngeld Unterhaltsvorschuss und Kinderzuschlag) mehr als bisher



>>>HERZOGTUM LAUENBURG / STORMARN SÜD

bereitgestellt. 500 Mio. € gehen in die Qualitätsoffensive zur Verbesserung des Kita-Angebotes. Um fast eine Milliarde wurde der Etat für den Bereich des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) aufgestockt. Von 15,1 Mrd. € entfallen allein 5,4 Mrd. € auf die innere Sicherheit. Um 4,381 Mrd. € steigt der Verteidigungsetat, um insbesondere die Modernisierung der Bundeswehr voranzutreiben.

Verständige, verantwortungsvolle Haushaltspolitik kennzeichnet die unionsgeführte Bundesregierung und ermöglicht uns auch in Zukunft zu gestalten. Damit das gelingt, sind allerdings noch einige Hürden zu überwinden. Dazu zählen auch die notwendigen Grundgesetzänderungen, damit der Bund wie angedacht, die Länder in den Bereichen Bildung, sozialer Wohnungsbau und Nahverkehr unterstützen kann. Die Hoheit soll unverändert bei den Ländern liegen. Gleichwohl wird die erforderliche 2/3-Mehrheit im Bundestag kein „Selbstgänger“. Ob die notwendigen Grundgesetzänderungen bis Jahresende beschlossen sind, ist fraglich. Die Mehrheit der Großen Koalition reicht allein nicht aus. Im Bundesrat dürften zu erwartende schwierige Regierungsbildungen nach den Wahlen in Bayern und Hessen einer 2/3-Mehrheit noch in diesem Jahr wohl entgegenstehen.



Bildquelle: BMF

Digitalisierung und Forschung sind zentrale Themen dieser Legislaturperiode, die sich auch in der Erhöhung der Etats ablesen lassen. Der Anstieg gegenüber dem aktuellen Kostenrahmen 2018 beträgt 529 Mio. €.

„Fakten & Hintergründe“:

Zeitplan für den Bundshaushalt 2019 – so geht's weiter:

- 2./3. Lesung im Bundestag: 23. November 2018
- 2. Lesung Bundesrat: 14. Dezember 2018
- 01.01.2019: Inkrafttreten des Bundeshaushaltsgesetzes 2019 (geplant)



>>>HERZOGTUM LAUENBURG / STORMARN SÜD

NEUER FRAKTIONSVORSITZENDER

Die CDU/CSU-Fraktion hat nach 13 Jahren einen neuen Fraktionsvorsitzenden: Ralph Brinkhaus.

Der 50-jährige Brinkhaus ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2014 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit Schwerpunkt auf Finanz-, Kommunal- und Haushaltspolitik. Brinkhaus kommt aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen und war vor seiner Zeit im Bundestag selbstständiger Steuerberater.

Das Ergebnis der Wahl ist ein starkes Signal an die Fraktionsführung sich wieder ganz auf die Lebenswirklichkeit der Menschen in Deutschland zu konzentrieren. Deren Themen müssen wir lösen und nicht unsere eigenen Befindlichkeiten öffentlich zur Schau stellen!

PPP – MICHEL SCHMITT 2017/18

Mit vielen neuen Eindrücken kehrt mein „Patenkind“ Michel Schmitt aus den USA zurück. Ein Jahr lang lebte er bei einer Familie auf einer Farm im Bundesstaat Idaho, erlebte den Schulalltag, packte bei der Ernte mit an, schloss neue Freundschaften und fand großen Gefallen an einem hierzulande eher unbekanntem Hobby: Rodeo-Reiten. Möglich wurde all dies durch das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP). „Das Austauschjahr verging viel zu schnell“, berichtete er mir vergnügt bei seinem Besuch in Berlin. Der Alltag hat ihn nun wieder; er besucht die 11. Klasse des Eric-Kandel Gymnasiums Ahrensburg. Alles Gute für die Zukunft, Michel Schmitt!



Bildquelle: Büro Brackmann, Berlin

Weitere Informationen über das PPP finden Sie unter <https://www.bundestag.de/ppp>.

AUSBLICK

Die Wahlen in Bayern (14.10.2018) und Hessen (28.10.2018) stehen vor der Tür. Angesichts der bisherigen wenig zuversichtlichen Prognosen dürfte wohl kaum Ruhe in Berlin einkehren. Aber wer weiß, allzu oft zeigte sich am Wahlabend nochmals ein ganz anderes Bild. Ich bin gespannt und werde Sie weiter informieren.

Ihr